67. Jahrgang. № 100 Donnerstag, 12. April 1923

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich ℳ 5200,—. Einzelnummer ℳ 200,—. Sonntagsausgabe ℳ 300,—. | Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 30 mm breite Zeile ℳ 400,—, außerhalb Sachsens ℳ 500,—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts ℳ 160,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Erschütterung des Kabinetts Bonar Law.

Parlamentarische Niederlage der englischen Regierung. — Ueberrumpelung durch die Opposition. — Ein Gegenstoß der Regierung. Erregte Szenen im Unterhause. — Französischer Handstreich in Baden. — Staatssekretär Hamm ausgewiesen.

Bonar Laws Niederlage mit 145 gegen 138 Stimmen.

London, 10. April. In der Frage der Verwendung früherer Soldaten in der Zivilverwaltung hat die Regierung heute im Unterhause mit 145 gegen 138 Stimmen eine Niederlage erlitten. Die Niederlage der Regierung erfolgte bei der rein technischen Frage, daß die Beratung des Etats für den Zivildienst fortgesetzt werden solle. Unmittelbar vor der Abstimmung hatte eine Aussprache über die Frage der Verwendung früherer Soldaten im Zivildienste stattgefunden. Die Abstimmung über die technische Frage kam unerwartet. Viele Anhänger des Ministeriums waren abwesend.

London, 11. April. Als das Abstimmungsergebnis bekannt wurde, machte sich unter den Abgeordneten eine starke Erregung bemerkbar. Die Mitglieder der Opposition, besonders der Arbeiterpartei, brachen in laute Beifallskundgebungen aus und begrüßten das Ergebnis der Abstimmung mit stürmischen Zurufen „Demission!" und verlangten das Erscheinen des Premierministers. Als die Erregung sich etwas gelegt hatte, forderte Ramsay Macdonald die Regierung auf, zu erklären, was sie in diesem Falle zu tun gedenke, und schlug die Vertagung vor. Chamberlain, der als einziger Minister der Sitzung beiwohnte, nahm diesen Vorschlag an und ließ über den Antrag abstimmen. Es war das Signal für neue stürmische Szenen seitens der Opposition. Die Abstimmung ergab Annahme der Tagesordnung.

Ein parlamentarisches Manöver in traditionellem Stil.

London, 11. April. Die Niederlage der Regierung im Unterhaus ist nicht ganz unerwartet gekommen, da die Anhänger Bonar Laws eine bemerkenswerte Nachlässigkeit zeigten, die im Gegensatz zu der energischen Taktik der Opposition stand. Diese hatte auf eine Gelegenheit gewartet, einen Vorstoß gegen die sorglosen Anhänger der Regierung zu unternehmen. Es handelte sich gestern um eine Frage von Minuten. Die Anhänger der Regierung waren davon verständigt, daß sie sich um 9,30 Uhr zur Abstimmung einzufinden hätten, aber die Opposition, der dies wahrscheinlich bekannt geworden war, erzwang die Abstimmung bereits 9,20 Uhr und überrumpelte damit die Regierungspartei. So war dies ein parlamentarisches Manöver in traditionellem Stil, wie es schon verschiedentlich Regierungen mit geringer Mehrheit zu Fall gebracht hat. (W. T. B.)

Die Unterhaussitzung nach der Regierungs-Niederlage.

Eine erneute Abstimmung auf Regierungsantrag? — Erregte Szenen.

London, 11. April. Das Unterhaus war heute sehr gut besucht. Die Mitglieder der Regierungsparteien waren nach der gestrigen Erfahrung in ansehnlicher Stärke erschienen. Schatzkanzler Baldwin brachte an Stelle Bonar Laws, der erschienen, aber nicht imstande war, zu sprechen, eine Resolution ein, durch die der Antrag, bei dem die Regierung gestern unterlegen war, erneut in Erwägung gezogen wird. Der Sprecher erklärte dieses Verfahren für korrekt. Baldwin sagte, der gestrige Vorfall sei auf eine Ueberrumpelung zurückzuführen. Die Regierung habe sich eines Mangels an Aufmerksamkeit schuldig gemacht, aber die Abstimmung beweise nicht, daß sie das Vertrauen des Unterhauses verloren habe. (Beifall bei den Regierungsanhängern.)

Macdonald bestritt, daß die Abstimmung unerwartet gekommen sei, und erklärte, die Regierung habe eine Niederlage erlitten, da eine Anzahl Regierungsanhänger es abgelehnt habe, sie zu unterstützen. Er wünsche, daß die Regierung ihre Niederlage zugebe und eine Andeutung ihrer Politik betr. die Verwendung der vormaligen Soldaten im Dienste der Zivilverwaltung ankünde. Die hierauf folgenden Reden der Arbeitervertreter zeigten deutlich, daß viele Arbeitermitglieder entschlossen waren, vor Annahme der Resolution Baldwin zu einer Erklärung der Regierung zu veranlassen. Von der Regierungsbank erfolgte keine weitere Erklärung und die Verhandlung geriet in ein erregtes Fahrwasser. **Zwischen den Arbeitermitgliedern und den Ministeriellen kam es zu heftigen Wortgefechten.** Angesichts der ständigen Unterbrechung beantragte **Baldwin** schließlich die Unterbrechung der Sitzung. Dies führte zu stürmischen Protestkundgebungen von seiten der Arbeiter. **Eine Anzahl Abgeordneter begann das Lied „Die rote Flagge" zu singen.** Da die Regierung keine weiteren Mitteilungen machte und die Arbeitermitglieder offen ihren Entschluß bekundeten, die Verhandlungen nicht weiter fortführen zu lassen, hob schließlich der Sprecher die Sitzung für die Dauer von einer Stunde auf.

Ein Mitglied des Unterhauses fragte darauf, ob infolge der Unterredung mit Loucheur die Regierung beabsichtige, ihre augenblickliche Politik der

freundschaftlichen Neutralität gegenüber Frankreich aufzugeben

und eine Politik einzunehmen, die Frankreich unbedingte Unterstützung seiner Aktion an der Ruhr gewähre. Baldwin erwiderte, die Antwort laute verneinend. Auf die weitere Anfrage, ob dies so zu verstehen sei, daß die Unterredung mit Loucheur gar keine Wirkung haben würde, wurde keine Antwort erteilt. (W. T. B.)

Angriffe der englischen Presse gegen das Kabinett.

London, 11. April. Im Mittelpunkte des öffentlichen Interesses steht heute die gestrige Niederlage der Regierung im Unterhause. Die Regierungspresse macht zum größten Teile die Regierungspeitscher dafür verantwortlich. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Unter den Anhängern der Regierung, die an der Abstimmung teilnähmen, sei keine Neigung vorhanden, die Tatsache zu verschleiern, daß die Niederlage als ein sehr unangenehmer Stoß gegen das Ministerium angesehen werden müsse. Ernste Folgen würden jedoch nicht daraus entstehen. — „Westminster Gazette" sagt: Es sei ein Parlament der Enttäuschung gewesen. Die Abstimmung von gestern abend sei ein Symptom der aus Unzufriedenheit entstandenen Gleichgültigkeit der Regierungsanhänger. **Mit einem Premierminister, der offenkundig krank sei, einem Kabinett, das in seiner Zusammensetzung das schwächste sei, dessen man sich erinnern könne, und einer lauwarmen Anhängerschaft sei es klar, daß Aenderungen im Kabinett eintreten müßten, wenn der Zwischenfall von gestern abend sich nicht wiederholen solle unter Umständen, die nicht unberücksichtigt gelassen werden könnten.**

Rücktritt oder Koalitionserweiterung?

London, 11. April. Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" schreibt: Bonar Laws Gesundheit bildet das Thema zahlreicher Erörterungen in politischen Kreisen. **Es sei unter diesen Umständen nicht überraschend, daß das Gerücht weit verbreitet sei, daß der Premierminister gezwungen sein könne, sein Amt niederzulegen oder einige der konservativen Führer aus der vormaligen Koalition zu überreden, wieder in die Regierung einzutreten.** (W. T. B.)

Franzoseneinbruch am Neckar.

Ein Raubzug nach Lohngeldern.

Mannheim, 11. April. Heute früh gegen 9 Uhr marschierten französische Truppen, von Ludwigshafen kommend, über die Rheinbrücke ins Industriegebiet am Neckar ein. Während ein Teil von ihnen sich in der Nähe der Spatzenbrücke auf der Mannheimer Seite des Neckars mit zur Stunde noch unbekanntem Zwecke lagerte, umstellte eine andere Abteilung das Bureau der Transportarbeiter- und Schiffergewerkschaft, offenbar in der Absicht, die im Gewerkschaftsbureau aufbewahrten Lohngelder zu beschlagnahmen. (WTB.)

Bochum, 11. April. Bei dem „Besuche" der Franzosen in den Gebäuden der Commerz- und Privatbank wurden insgesamt 770 Millionen Mark, angeblich Eisenbahngelder, „beschlagnahmt".

Dr. Hamm freigelassen und ausgewiesen.

Berlin, 11. April. Der Staatssekretär Dr. Hamm, der am Montag abend in Scharnhorst von den Franzosen festgehalten und dadurch verhindert worden war, an der Trauerfeier für die Opfer des Essener Blutbades teilzunehmen, ist gestern abend 8 Uhr von Castrop unter militärischer Bedeckung nach Scharnhorst gebracht und aus dem Einbruchsgebiete ausgewiesen worden. Dr. Hamm ist heute früh wieder in Berlin eingetroffen. (W. T. B.)

Berlin, 11. April. Zur Verhaftung des Staatssekretärs Hamm wird noch mitgeteilt: Hamm wurde nach seiner Festnahme in einem ausrangierten Eisenbahnpostwagen durch einen französischen Advokaten vernommen. Es wurde ihm mitgeteilt, daß ein Einreiseverbot für Minister und Regierungsmitglieder bestehe und auf ihn angewandt werden müsse. Sein Einwand, daß er weder Minister noch Mitglied der Regierung sei, wurde nicht beachtet. Auf sein Verlangen, daß er sich an den General unmittelbar wenden wolle, wurde ihm dies verweigert und bedeutet, daß für den Tag der Essener Trauerfeier besonders strenge Befehle für die Einreise erlassen worden seien. Insbesondere sei dem Reichskanzler und dem Staatssekretär Hamm die Einreise verboten. Abends 8 Uhr traf eine Depesche des Generals Degoutte ein, Hamm solle durch einen Offizier an die Grenze des besetzten Gebietes gebracht und ihm unter Androhung schwerer Strafe das Wiederbetreten des besetzten Gebietes verboten werden.

Berlin, 11. April. Staatssekretär Hamm richtete wegen seiner Verhaftung einen scharfen schriftlichen Protest an die Adresse des Generals Degoutte. Ebenso hat die Reichsregierung gegen das Verfahren der Besatzungsbehörde energischen Protest eingelegt unter Hinweis darauf, daß Hamms Reise keinerlei politischen Zweck hatte, sondern nur um die Teilnahme der Reichsregierung für die Opfer der Essener Vorgänge zu bekunden.

Erschießung einer Hausangestellten.

Essen, 11. April. Einer Meldung aus Buer zufolge wurde gestern nachmittag im benachbarten Waltrop eine Hausangestellte von einem französischen Soldaten erschossen. Der Täter, der behauptet, fahrlässig gehandelt zu haben, hat sich gestellt und ist in Haft genommen worden.

Dollar (Amtlich): 21142,50
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 21 100

Marktstützung und Lohnpolitik.

Der jetzt veröffentlichte Reichsindex für März, der allgemein mit Spannung erwartet worden ist, ergibt eine Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber dem Februar um 8 v. H. Das ist eine Enttäuschung für alle Kreise, die gehofft hatten, daß die Preisbewegung unter dem Einfluß der Marktstützungsaktion zu einem vorläufigen Stillstand kommen werde. Uebertriebenen Erwartungen hatte man sich ja nirgends hingegeben, da auch innerhalb der Verbraucherschaft allmählich die Erkenntnis sich Bahn gebrochen hat, daß die in der Preisbewegung wirkenden verschiedenartigen Triebkräfte zumeist so zwangsläufigen Charakter haben und so sehr in gegenseitiger Abhängigkeit und Bedingtheit stehen, daß eine aus den verwickeltsten Verhältnissen herausgewachsene Gestaltung der Dinge nicht mit einem Schlage geändert werden kann. Der Ausblick in die nächste Zukunft war daher nicht auf eine durchgreifende Senkung, sondern auf eine Ruhepause in der Preisbewegung gerichtet, unbeschadet der Abschläge in den Preisen, die sich auf einzelnen Gebieten bemerkbar machten. Insbesondere weisen die Großhandelspreise seit der Zeit der Markbefestigung einen nicht ganz unbeträchtlichen Rückgang auf. Nach den vom Statistischen Reichsamt aufgestellten Meßziffern, die bis zum 15. März reichen und die Zeit vom 5. Februar bis dahin umfassen, haben sich die Einfuhrwaren am stärksten gesenkt, nämlich von 11 176 auf 6618; das bedeutet einen Preisabschlag von rund 40 v. H. Die Lebensmittel sind dagegen nur von 4902 auf 3195 gesunken, und die Inlandswaren haben mit 4976 Punkten gegen 4925 den geringsten Anteil an der Abschwächung der Preise gehabt. Nach dem Gesamtbilde dieser Meßziffern konnte man immerhin dem allgemeinen Reichsindex für März mit der Hoffnung entgegensehen, daß er eine Bestätigung des vorläufigen Gleichbleibens der Preise bringen werde. Das Gegenteil ist bitter und bedeutet einen Tropfen Wermut in den Kelch der Marktstützungsaktion. Die Frage ist nun, welche lohnpolitischen Folgerungen aus dieser Entwicklung zu ziehen sind. Um eine richtige, den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Interessen dienende Antwort zu finden, muß man sich vergegenwärtigen, was bisher errungen worden ist, und was demgemäß auf das Spiel gesetzt wird, wenn auf Grund der erneuten geringfügigen Teuerungswelle wieder der alte Apparat der mechanischen Zuschläge auf Löhne und Waren in Bewegung gesetzt werden sollte.

Seit langer Zeit haben wir zum ersten Male um die letzte Monatswende das behagliche Gefühl einer lohnpolitischen Ruhe genießen können. Während sonst regelmäßig eine Fülle von Nachrichten über Tarifverhandlungen, Streitigkeiten und Abschlüsse hereinbrach und beide Parteien sich zum Teil in kampflustiger Stimmung gegenüberstanden, sind diesmal die Wasser ohne lautes Rauschen und Brausen verlaufen, und es war eine deutliche Zurückhaltung der großen Berufsverbände in der Aufstellung bestimmter Forderungen erkennbar. Die Oeffentlichkeit gewann den Eindruck, daß zumal unter dem Druck der auswärtigen Lage auf seiten der Arbeitnehmer ein wachsendes Verständnis dafür sich anbahnte, wie nötig für unsere politische und wirtschaftliche Zukunft und Selbstbehauptung eine Lohnregelung ist, die auf beiden Seiten von dem Bestreben getragen wird, nicht nur den sozialen, sondern auch den wirtschaftlichen Notwendigkeiten nach Möglichkeit gerecht zu werden. In Zeiten, die durch Lohnkämpfe heftig erregt sind, wird die Erkenntnis dieser Binsenwahrheit nur zu leicht durch den Egoismus der streitenden Parteien in den Hintergrund gedrängt und bei der Formulierung der Forderungen mißachtet. In demselben Augenblick aber, wo die Marktstützungsaktion die Aussicht auf eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage in greifbare Nähe rückte, machten sich auch die Rücksichten der wirtschaftlichen Vernunft und Besonnenheit mit größerer Wucht geltend, und es gelang der Reichsregierung, dem von ihr aufgestellten Grundsatz Geltung zu verschaffen, daß eine durchgängige Erhöhung der Löhne und Gehälter solange nicht stattfinden dürfe, als nicht der Beweis einer seit der letzten allgemeinen Lohnfestsetzung erfolgten weiteren Verteuerung der Lebenshaltung in nüchternen Zahlen einwandfrei erbracht sei. Gleichzeitig herrschte aber auch auf beiden Seiten, sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern, Einverständnis darüber, daß man keinesfalls mit einem sofortigen Abbau der Löhne und Gehälter vorgehen dürfe, sondern daß es sich auch hier zunächst nur um einen Stillstand handeln könne, um ein Abwarten mit Gewehr bei Fuß, wie der Dollarkurs sich weiter entwickeln wird. Dabei sprang für die Lohn- und Gehaltbezieher der ihnen gewiß von Herzen zu gönnende Vorteil heraus, daß sie durch den Weiterbezug der jetzigen im Nominalbetrage gleichbleibenden Einnahmen die vermehrte Kaufkraft der Mark benutzen konnten, um endlich einmal an die notwendigste Ergänzung und Erneuerung ihres Hausrats sowie ihrer Kleidung und Wäsche heranzugehen.

Die Gefahr lag nun nahe, daß in diesen erwünschten Ruhezustand, in die allgemeine Atem- und Erholungspause eine neue unwillkommene Störung durch das März-Ergebnis des Reichsindex hineingetragen werden konnte, wenn man